



10. Juli 2024

## Postulat

von Tamara Bosshardt (SP),  
Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)  
und Leah Heuri (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Massnahmen umgesetzt werden können, die die Barrierefreiheit, Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit der behördlichen Kommunikation in den Bereichen Print und Internet verbessern. Insbesondere soll geprüft werden, wie behördlichen Texten, die sich an die Bevölkerung richten, eine Zusammenfassung in leicht verständlicher Sprache vorangestellt werden kann und wie Informationen zu städtischen Abstimmungen mit Erklärvideos ergänzt und damit barrierefreier gestaltet werden können.

### Begründung:

Eine verständliche, inklusive und barrierefreie Kommunikation ist elementar, um die politische und gesellschaftliche Partizipation aller Menschen zu ermöglichen. Informationen müssen für auch für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung, mit einer Sinnesbehinderung, mit Lese- und Lernschwierigkeiten, mit nicht deutscher Erstsprache, mit wenig Bildung und Senior\*innen zugänglich sein. Die Stadt Zürich bemüht sich um eine inklusive Kommunikation und ermöglicht mit dem Reglement für sprachliche Gleichstellung auch eine sinnvolle und einheitliche Adressierung aller Geschlechter. Das ist ein wichtiger Schritt. Noch sind behördliche Texte aber nicht für Alle barrierefrei und verständlich.

Die Volksinitiative «Tschüss Genderstern» will die Gemeindeordnung mit einem neuen Artikel zu verständlicher Sprache ergänzen. Allerdings fördert das darin vorgeschlagene Verbot von Sonderzeichen innerhalb einzelner Wörter nicht die Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit von Behördentexten. Ganz im Gegenteil verstärkt ein Verzicht auf inklusive Sprache gesellschaftlichen Ausschluss und führt zu Unsicherheiten darüber, wer in einem bestimmten Text (mit-)gemeint sein soll. Inklusion und Verständlichkeit müssen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine aktuelle Studie zeigt, dass der Genderstern das beste Mittel ist, um inklusive und genderfaire Sprache zu vereinen (<https://www.capito.eu/genderstudie/>).

Das Postulat fordert den Stadtrat auf zu prüfen, wie sinnvolle Massnahmen zur Verbesserung der Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit von Behördentexten, die sich an die Bevölkerung richten, umgesetzt werden können. Informationen zu städtischen Abstimmungen und politischen Themen barrierefrei und verständlich zu gestalten, ist eine wichtige Voraussetzung der demokratischen Teilhabe. Daher sollen Texte und Abstimmungsunterlagen mit einer Zusammenfassung in leicht verständlicher Sprache ergänzt werden – sowohl in der Print- wie auch Onlinekommunikation. Auf nationaler und kantonaler Ebene haben sich Erklärvideos zu Abstimmungsvorlagen als geeignetes Mittel zur erwiesen, um komplexe Themen zugänglicher zu vermitteln. Es soll deshalb auch geprüft werden, wie Informationen zu komplexen städtischen Abstimmungen mit einem Erklärvideos ergänzt werden können. Für eine optimale Zugänglichkeit können die Links und QR-Codes zu den Videos in den Wahl- und Abstimmungsvorlagen prominent platziert werden.

Wir bitten um die gemeinsame Behandlung mit der Weisung 2024/51  
Präsidialdepartement, Volksinitiative «Tschüss Genderstern!», Ablehnung